

Auf der Grundlage der Untersuchungsergebnisse wurden von der Firma [REDACTED] Wiedergutmachungsleistungen in Höhe von 4,5 Mio DM durchgesetzt;

- die BRD-Handelsfirma [REDACTED] und [REDACTED] GmbH Hamburg bevorzugte und langfristig gesicherte Lieferung aus der DDR nach gewünschten Gußsortimenten erwartete.

Aktivitäten zur Bevorteilung dieser Firma wurden in der Untersuchung nicht festgestellt.

Die kapitalistischen Firmeninhaber bzw.-vertreter nahmen dazu enge persönliche Beziehungen zu ihren Verbindungspartnern in der DDR auf und knüpften an vorhandene, auf materiellen und finanziellen Vorteil gerichtete Denk- und Verhaltensweisen an. Antikommunistische und sozialreformistische Auffassungen über die Politische Ökonomie des Sozialismus, wie sie von dem ehemaligen DDR-Bürger Hermann von BERG vertreten werden ([REDACTED] [REDACTED]), und Haltungen, die die Rechtsvorschriften über den Umgang mit kapitalistischen Firmenvertreter als nicht zeitgemäßen Dogmatismus bezeichnen (Außenstellenlei Limex), waren ebenfalls Bestandteil der Motivation zur einseitigen Bevorteilung der kapitalistischen Firmen.

In der Untersuchung wurden eine Reihe von begünstigenden Bedingungen für die Straftaten in der Leitungstätigkeit der Vorgesetzten der in Bearbeitung genommenen Personen festgestellt,

- ungenügende Kontrolltätigkeit;
- Mängel in der politisch-ideologischen Arbeit.

Informationen darüber erfolgten an die Vorgesetzten und zuständigen Fachminister.

In Auswertung des Ermittlungsverfahrens gegen den Direktor für Export des VE AHB [REDACTED] erließ der Minister für Außenhandel Mitte 1988 eine Verordnung zur Neuregelung der Grundsätze der Arbeit mit Gegengeschäftsvereinbarungen und Refinanzierungsgeschäften mit kapitalistischen Wirtschaftsunternahmen.